

Im Namen des Rechts !

Strafsache

- gegen 1. den Kaufmann Gustav Heitmann in Schneverdingen Kreis Soltau,  
Marktstrasse 5, geboren am 11. November 1904, in Pöhlde Kreis  
Osterode a.H., verheiratet, bestraft,  
2. den Schlosser Ernst Dreger in Herzberg a.H., Sommergassel,  
geboren am 13. Oktober 1904 in Herzberg a.H., verh., bestraft,  
wegen Menschlichkeitsverbrechens.

Das Schwurgericht bei dem Landgericht in Göttingen hat in der  
Sitzung vom 16. Mai 1949, an der teilgenommen haben:

Landgerichtsdirektor Dr. Fischer  
als Vorsitzender,

Landgerichtsrat Böttcher,

Beauftragter Richter Dr. Breithaupt  
als beisitzende Richter,

1. Tischler Alfons Seffner aus Einbeck,
2. Zigarrenfabrikant Karl Radatz aus Einbeck,
3. Kaufm. Angestellter Rudolf Alrutz aus Bodenfelde,
4. Karl Hoffmann aus Göttingen,
5. der Sparkassenangestellte Johann Döring, Gieboldshausen
6. Mechanikermeister Richard Almstedt aus Göttingen,  
als Geschworene,

Staatsanwalt Frühbrodt  
als Staatsanwalt,

Referendar Schöckel  
als Schriftführer,

für Recht erkannt: Es werden verurteilt:

1. Der Angeklagte Heitmann wegen Verbrechens gegen  
die Menschlichkeit in Tateinheit mit Freiheitsbe-  
raubung zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahre,
2. der Angeklagte Dreger wegen Verbrechens gegen die  
Menschlichkeit in Tateinheit mit Beihilfe zur Frei-  
heitsberaubung zu einer Gefängnisstrafe von 4 Mo-  
naten.

Dem Angeklagten Dreger wird die erlittene Inter-  
nierungshaft in Höhe von 3 Monaten auf die erkann-  
te Strafe angerechnet.

Die Angeklagten tragen die Kosten des Verfahrens.

Gründe.

I.1. Der Angeklagte Gustav Heitmann wurde am 11.11.1904 als Sohn  
des Landwirts Ludwig Heitmann und seiner Ehefrau Minna geb. Dietrich  
in Pöhlde Kreis Osterode/Harz, geboren. Nach Besuch der dortigen  
Volksschule vom 6. bis 14. Lebensjahre arbeitete er mehrere Jahre in

422/49

der kleinen Landwirtschaft seines Vaters mit. In der Zeit vom 1.10.1921 bis zum 1.10.1924 wurde der Angeklagte als Lehrling bei der staatlichen Kreiskasse in Herzberg/H beschäftigt. Anschliessend erwarb er den Kraftfahrzeugführerschein und war von Mai 1925 bis März 1927 als Kraftfahrer bei einem Arzt in Herzberg a.H. tätig. Ab April 1927 bis zum Jahre 1931 betrieb der Angeklagte dort eine selbständige Autovermietung, musste dann jedoch seinen Wagen verkaufen, und war von 1932 bis zum 1. Dezember 1933 arbeitslos. Vom 1.12.1933 bis April 1935 wurde er von der Stadtverwaltung Herzberg a.H. als Schreiber beschäftigt.

Der Angeklagte Heitmann war am 1.11.1930 Mitglied der NSDAP und zugleich der SA geworden. Aus letzterer trat er am 1.12.1931 in die allgemeine SS. über. In ihr wurde er im März 1934 zum SS-Oberscharführer ernannt und zum örtlichen Führer des in Herzberg befindlichen SS-Trupps bestellt. Die Truppstärke wuchs von zunächst 12 Mann zurzeit der Machtübernahme auf etwa 70 Mann im Jahre 1934 an.

Am 24.4.1935 verliess der Angeklagte Heitmann Herzberg und trat freiwillig in die SS-Verfügungstruppe "Germania" ein. Er nahm in ihren Reihen bei einer Kraftfahrkolonne am Polenfeldzug, später ab März 1940 bis April 1942 innerhalb der SS-Division "Das Reich" im Ost- u. Westfeldzug als technischer Führer teil. Anschliessend kam der Angeklagte zur SS-Kraftfahrerschule in Wien, von Anfang 1943 bis November 1944 zu der nach Appeldoorn in Holland und dann bis zum Zusammenbruch nach Böhmen.- In der Waffen-SS wurde der Angeklagte in zeitlich gleichmässigen Abständen bis zum SS-Obersturmführer (im November 1943) befördert. Am 10.5.1945 geriet er in Kriegsgefangenschaft und wurde vom 14.7.1945 bis zum 23.12.1947 in Internierungshaft gehalten. Anschliessend begab er sich nach Schneeveddingen, Kreis Soltau, zu seiner Frau, mit der er sich im Dezember 1940 verheiratet hatte. Aus dieser Ehe sind 2 Kinder hervorgegangen.

Durch Urteil der 11. Spruchkammer des Spruchgerichts in Stade vom 29.4.1948 wurde der Angeklagte wegen Zugehörigkeit zur SS zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt; die Strafe wurde als durch die erlittene Internierungshaft für verbüsst erklärt. Im übrigen ist der Angeklagte unbestraft.

2. Der Angeklagte Dreger wurde am 13.10.1904 in Herzberg/H. geboren. Seine Eltern bewirtschafteten dort eine kleine Landwirtschaft von 22 Morgen. Nach Besuch der Volksschule bis zum 14. Lebensjahre erlernte er in Herzberg das Maschinenschlosser-Handwerk. Im Frühjahr 1922 legte er seine Gesellenprüfung ab. Er wurde dann bis Oktober 1935 - in der Zwischenzeit war der Angeklagte häufiger arbeitslos - von der Firma Kiene in Herzberg als Reparaturschlosser, später als Heizer 1 und Maschinist beschäftigt. Anschliessend - bis Mai 1940 - arbeitete er als Schlosser und Einrichter im Metallwerk Odertal in

Oder-



Odertal. Vom 20.5.1940 bis zum 16.10.1941 war der Angeklagte zur Wehrmacht einberufen. Er wurde dann uk-gestellt und arbeitete im Polte-  
werk bei Duderstadt (ab Ende 1943 als Vorarbeiter, ab 1.1.1945 als  
Hilfsmeister) bis zum Zusammenbruch.

Dreger war - wie der Angeklagte Heitmann - im November 1930 in Herzberg der NSDAP beigetreten. Im März 1932 wurde er Mitglied der allgemeinen SS und 1936 SS-Scharführer. Vom 19.5.1945 bis zum 29.1.1948 wurde Dreger in Internierungshaft gehalten.

Durch Urteil der Spruchkammer des Spruchgerichts in Stade vom 26. 1.1948 wurde Dreger wegen Zugehörigkeit zur SS zu 1500.-RM Geldstrafe, ersatzweise zu 30 Tagen Gefängnis, verurteilt. Die Strafe wurde als durch die erlittene Internierungshaft getilgt erklärt. Weitere Vorstrafen gegen ihn liegen nicht vor.

Der Angeklagte ist seit Oktober 1948 verheiratet.

II. Der am 12.6.1945 im Alter von 59 Jahren verstorbene Kaufmann Wilhelm Höltig betrieb seit dem Jahre 1925 mit seiner Ehefrau in Herzberg ein Kolonialwarengeschäft, das gewerbepolizeilich auf den Namen der Ehefrau angemeldet war. Ausserdem betätigte sich der Kaufmann Höltig als Steuerberater und war in dieser Eigenschaft von der zuständigen Verwaltungsbehörde für die Stadt Herzberg zugelassen. In der Zeit bis zum Jahre 1933 hatte Höltig mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen, da er im Jahre 1925 zum Ankauf des Hauses und für die Einrichtung des Geschäfts Darlehn hatte aufnehmen müssen, deren Zinsenlast und Abdeckung bei den schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen bis zum Jahre 1933 wiederholt Anlass dazu bildete, dass der Gerichtsvollzieher bei ihm Pfändungen ausbrachte. Es war Höltig jedoch gelungen, dieser Schwierigkeiten immer wieder insoweit Herr zu werden, dass er sein Geschäft aufrechterhalten und bis zum Jahre 1934 fortführen konnte. In politischer Hinsicht stand der Kaufmann Höltig dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüber und hatte wiederholt dieser Auffassung auch gegenüber Dritten Ausdruck gegeben. Er hatte bis zum Jahre 1933 der Welfenpartei nahegestanden und fühlte sich später nach Auflösung der Welfenpartei zum Stahlhelm hingezogen.

Anfang Juni 1934 kam der Kaufmann Höltig eines Abends im ange-  
trunkenen Zustande nach Hause und stiess auf dem Korridor seiner Woh-  
nung drohende und abfällige Äusserungen über Hitler und das national-  
sozialistische Regime aus. Diese Äusserungen wurden von der Zeugin  
Schulze, die seit Jahren im gleichen Hause und auf dem gleichen Korri-  
dor wie der Verstorbene wohnte, gehört. Die Zeugin Schulze fühlte sich  
durch diese Äusserungen verängstigt, zumal ihr Mann an diesem Tage  
abwesend war. Hinzu kam, dass der Ehemann der Zeugin Schulze damals  
SA-Mann war und als solcher Akten der SA in seiner Wohnung aufbewahr-  
te, deren sorgfältige Bewachung der Ehemann Schulze seiner Frau für  
die Zeit seiner Abwesenheit besonders ans Herz gelegt hatte. Die Zeu-  
gin

Zeugin Schulze, die infolge der Äusserungen des Kaufmanns Höltig Weiterungen befürchtete, teilte am nächsten Tage einem SA-Kameraden ihres Mannes den Inhalt der Äusserungen mit, die Höltig am Abend zuvor gemacht hatte. Zugleich bat sie diesen SA-Mann, dafür Sorge zu tragen, dass die Geschäftsakten der SA für die Zeit der Abwesenheit ihres Mannes aus ihrer Wohnung fortgebracht würden. Im weiteren Verlaufe wurde die Polizei von dem Vorgefallenen - wahrscheinlich durch den SA-Mann - unterrichtet und lud zur Aufklärung des Sachverhalts die Zeugin Schulze zur Vernehmung vor.

Ferner erhielt der Angeklagte Heitmann Nachricht von dem Vorfall. Nach seiner Darstellung, die er in der Hauptverhandlung gegeben hat, soll die Äusserung des Höltig an dem Abend in der Wohnung etwa folgenden Wortlaut gehabt haben: "Adolf Hitler, dieser Lump und dieser Verbrecher! Wenn sich doch einer fände, der ihn umbrächte! Ich habe im Weltkrieg nie auf einen Feind geschossen, aber auf diese braunen Schweine schiesse ich!" Heitmann glaubte, auf Grund dieser Mitteilungen Schritte gegen den Kaufmann Höltig unternehmen zu müssen, zumal ihm nach seiner Darstellung bereits schon früher wiederholt zu Ohren gekommen war, dass Höltig sich über den Nationalsozialismus und seinen Machthaber abfällig geäußert hatte. Der Angeklagte Heitmann wandte sich daraufhin zunächst an die Polizeibehörde in Herzberg, um sie zur Festnahme des Höltig und zur Einleitung eines Strafverfahrens zu veranlassen. Ihm wurde jedoch von dem Polizeimeister Steinbrecher erwidert, dass auf Grund der Beschuldigungen gegen Höltig zu einer Festnahme desselben kein Anlass vorläge, und dass im übrigen die Polizei bemüht sein werde, die Angelegenheit im notwendigen Umfange nachzuprüfen.

Heitmann glaubte, sich mit dieser Auskunft nicht begnügen zu können, und meinte, daraufhin selbständig gegen Höltig vorgehen zu müssen. Nach seiner Darstellung setzte er sich mit dem örtlichen Führer des Freiwilligen Arbeitsdienstes in Verbindung, um mit diesem den Vorgang zu besprechen. Bei dieser Besprechung wurde ihm von dem Führer des Freiwilligen Arbeitsdienstes folgendes erklärt: "Wenn der Mann ewig meckert, dann fahren wir ihn einmal im Schweinewagen spazieren, damit er endlich aufhört." Heitmann erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden und vereinbarte mit dem Führer des Freiwilligen Arbeitsdienstes, dass dieser die Vorbereitungen zur Beschaffung des Schweinewagens treffen solle, und er dafür sorgen wolle, dass Höltig herbeigeschafft werde. Der Angeklagte Heitmann verständigte daraufhin einige seiner SS-Kameraden, und zwar den inzwischen gefallenen oder vermissten Hartwig sowie den Angeklagten Dreger. Diesen bestellte er für den späten Nachmittag in seiner Wohnung und trug ihm auf sein ausdrückliches Befragen auf, in SS-Uniform zu erscheinen. Dreger kam dieser Aufforderung nach und traf in der Wohnung des

Heitmann



Heitmann diesen und Hartwig an. Nach dem Eintreffen von Dreger <sup>5</sup> äusserte Heitmann, ohne weitere Erklärung: "So, dann können wir gehen!" Dreger will zu diesem Zeitpunkt noch nicht gewusst haben, zu welchem Zweck ihn Heitmann bestellt hatte, und welche Aktion beabsichtigt war. Als sich daraufhin die Angeklagten mit Hartwig und möglicherweise einen weiteren SS-Angehörigen namens Hassepaß auf den Weg gemacht hatten, fragte Dreger, wohin sie gehen wollten, worauf Heitmann ihm bedeutete, dass sie zu Höltig wollten, ~~wohin sie gehen wollten~~ der beleidigende Äusserungen über den Führer gemacht habe. Dreger hatte daraufhin keine weiteren Fragen an Heitmann gestellt.

Gegen 18 Uhr betrat Heitmann mit 1 oder 2 SS-Angehörigen das Kolonialwarengeschäft des Kaufmanns Höltig, während Dreger zunächst die Weisung erhielt, vor dem Hause zu warten.

Als Heitmann das Haus des Höltig betreten hatte, fragte er nach dem Kaufmann Höltig. Er wurde daraufhin in das Büro verwiesen, das sich in der Wohnung hinter dem Laden befand. In diesem Büro kam es sodann zu einer Aussprache zwischen Heitmann und Höltig, wobei Heitmann <sup>dem Höltig</sup> ~~zunächst~~ die ihm zur Last gelegten Äusserungen vorhielt. Als Höltig diese in Abrede stellte, erwiderte Heitmann, dass es ihm bekannt sei, dass "sie" stets zu feige seien. Als daraufhin Höltig dem Heitmann bedeutete, dass er krank sei und deshalb auch eine beabsichtigte Reise verschoben habe, erhielt er von Heitmann die Antwort "an einer Leiche wolle er sich nicht vergreifen". Nachdem noch weitere beleidigende Äusserungen von Seiten des Heitmann gegenüber Höltig gefallen waren, befahl Heitmann dem Höltig, in seinem Büro zu bleiben und dieses nicht zu verlassen. Höltig wurde lediglich gestattet, in dem Büroraum noch kurze Anweisungen und Aufträge an seine Angestellte Leimbach zu geben. Während dieser Zeit blieb Höltig unter Bewachung des Angeklagten Heitmann und des einen oder der 2 anderen SS-Angehörigen. Nachdem Dreger draussen etwa 30 Minuten gewartet hatte und ihm dann die Zeit zu lange geworden war, war dieser ebenfalls in die Wohnung des Höltig gekommen und hatte sich ebenfalls in dem Büroraum mit den anderen SS-Angehörigen aufgehalten. Nachdem etwa 1 oder 1 1/2 Stunden vergangen waren und Heitmann annehmen musste, dass der inzwischen vom Freiwilligen Arbeitsdienst bereitgestellte Schweinewagen zur Stelle war, richtete er in Anwesenheit des Dreger an Höltig die Worte: "Machen Sie sich fertig und kommen Sie mit!" Höltig folgte dieser Aufforderung, ohne den Versuch eines Widerstandes zu machen, da er angesichts seines Gesundheitszustandes und angesichts der in der Übermacht befindlichen SS-Leute keine Möglichkeit dazu sah. Er verliess daraufhin mit den SS-Leuten, ohne noch vorher mit seiner Frau Rücksprache nehmen zu können, die Wohnung. In unmittelbarer Nähe der Wohnung des Höltig

war inzwischen der Schweinewagen des Freiwilligen Arbeitsdienstes erschienen, der mit Plakaten beleidigenden und herabsetzenden Inhalts ausgestattet war. Es waren etwa 10 - 20 Arbeitsdienstmänner mit diesem Wagen gekommen. Darunter befand sich ein Hornist. Höltig wurde nunmehr von den SS-Leuten veranlasst, den Schweinewagen zu besteigen, und es wurde von Heitmann befohlen, dass ein SS-Mann zu ihm auf den Schweinewagen stieg. Daraufhin setzte sich auf Befehl des Heitmann das Gefährt in Bewegung, das von den Arbeitsdienstmännern geschoben und gezogen wurde. Der gestellte Hornist ging diesem Zuge voran, während die SS-Leute, darunter die beiden Angeklagten, einige Schritte danach folgten.

Nachdem sich der Wagen einige hundert Meter durch die Strassen bewegt hatte, bekam der Angeklagte Dreher Bedenken. Er wandte sich an den Angeklagten Heitmann mit den Worten: "Du, das ist für mich nicht das Richtige !" und verliess sodann den Zug und beteiligte sich nicht weiter an diesem Treiben.

Der Viehswagen wurde sodann weiter durch die Hauptstrassen von Herzberg gefahren. An den Plätzen und Strassenkreuzungen wurde angehalten und Sprechchöre durch die beteiligten Arbeitsdienstmänner gebildet. Hierbei wurde Höltig mit Rufen wie "Nieder mit der Reaktion !" und "Hängt ihn hoch, diesen Verbrecher !" beschimpft. Nachdem der Zug die Hauptstrassen der Stadt Herzberg passiert hatte, ging es auf das Spirtfeld, wo Abteilungen des Freiwilligen Arbeitsdienstes und der SA zum Dienst angetreten waren. Hier wurde der Wagen vor der Front dieser Abteilungen entlanggeführt und ebenfalls Beschimpfungen der gleichen Art wie in der Stadt gegen Höltig ausgestossen. Schliesslich wurde der Wagen zu der Polizeistation der Stadt Herzberg geführt und hier der Kaufmann Höltig von dem Angeklagten Heitmann den Polizeibehörden übergeben. Der ganze Umzug hat etwa 1 gute Stunde gedauert. Die Polizei nahm daraufhin, wie der damals Dienst tuende Polizeibeamte jetzt als Zeuge erklärt hat, mit Einverständnis des Kaufmanns Höltig diesen in Schutzhaft und verbrachte ihn, um Weiterungen zu vermeiden, am selben Abend in das Amtsgerichtsgefängnis in Osterode. Dort wurde Höltig am nächsten Tag dem amtierenden Richter vorgeführt, von diesem vernommen und sodann ohne weitere Anstände nach Herzberg wieder entlassen.

Nachdem Höltig freigelassen worden war, wurden irgendwelche weitere Aktionen seitens der Parteidienststellen und der Polizeibehörden nicht mehr gegen ihn unternommen. Dagegen hat Höltig unter den Beleidigungen und Beschimpfungen, die ihm widerfahren waren, bis zu seinem Tode erheblich gelitten. In seinen Gesprächen mit seinen Freunden kam er immer wieder auf dieses Unrecht zu sprechen, das ihm durch das gewalttätige Vorgehen der SS-Leute widerfahren war. Auch das Kolonialwarengeschäft des Kaufmanns Höltig ging in



der Folgezeit erheblich zurück, weil offenbar die Bevölkerung in Herzberg nach den Vorausgegangenen Vorfällen sich scheute, bei diesem weiter einzukaufen. Das geschah vor allem von seiten der Beamten und Behördenangestellten, die Nachteile in ihrem dienstlichen Fortkommen befürchteten, und die bisher im wesentlichen die Kundschaft des Kaufmanns Höltig gebildet hatte. Infolge des dadurch bedingten Geschäftsrückganges und infolge der bereits früher hervorgetretenen finanziellen Schwierigkeiten sah sich Höltig schliesslich im Jahre 1936 veranlasst, sein Grundstück zu verkaufen und das Kolonialwarengeschäft abzugeben. Nach dem Verkauf des Grundstückes verzog Höltig mit seiner Frau nach St. Andreasberg. Er fand dort Aufnahme bei Geschäftsfreunden aus seiner Tätigkeit als Steuerberater und führte hier seine Tätigkeit als Steuerberater fort.

Der Angeklagte Heitmann hat sich, abgesehen von diesem Vorfall, als SS-Führer in Herzberg keiner weiteren Ausschreitungen schuldig gemacht. Er hat den Vorfall einige Tage danach selbst bedauert und deshalb auch gegen Höltig nichts weiter unternommen. Er will unter dem Einfluss der unruhigen Zeitverhältnisse, wie sie in den Monaten nach der Machtübernahme durch die NSDAP bestanden haben, zu diesem Verhalten hingerissen worden sein.

Diese Feststellungen beruhen auf den Einlassungen der Angeklagten Heitmann und Dreger, sowie auf den Aussagen der Zeugen Steinbrecher, Bennholz, Schulz, Jung, Franke, Küster, sowie der Zeugen Stürze, Struck, Gorr, Koch und schliesslich der Zeuginnen Höltig, Schulze und Bohnhardt. Ferner waren den getroffenen Feststellungen die vorgelegten Grundbuchauszüge über das Grundstück des Kaufmanns Höltig aus dem Jahre 1934, sowie die Anzeige des Kaufmanns Höltig, die dieser seinerzeit unter dem 12.6.1934 gegen die Angeklagten bei der Staatsanwaltschaft erstattet hat zugrunde gelegt worden.

Wenn angesichts dieser Feststellungen die Angeklagten Heitmann und Dreger den Ablauf der Vorfälle im Hause des Kaufmanns Höltig nicht mehr im einzelnen anzugeben vermocht haben, so hat das Schwurgericht keine Bedenken gesehen, in diesem Punkt den Angaben des Kaufmanns Höltig in seiner Anzeige vom 12.6.1934 zu folgen. Hiergegen bestanden um so weniger Bedenken, als die Angeklagten übereinstimmend gegen die Angaben des Verstorbenen, die dieser seinerzeit unter dem unmittelbaren Eindruck der Vorfälle gemacht hat, keine substantiierte Einwendungen erhoben haben. Sie haben lediglich erklärt, dass sie sich im Hinblick auf die lange zurückliegende Zeit an diese Vorfälle im einzelnen nicht mehr erinnern könnten und es möglich sei, dass die Vorfälle sich in der Art abgespielt haben, wie sie von Höltig seinerzeit niedergelegt worden sind.

Wenn gegenüber den getroffenen Feststellungen die Angeklagten meinen, dass die Ausschreitungen gegen den Kaufmann Höltig für die

geschäftliches Fortkommen ohne Einfluss gewesen seien, und der Verkauf des Grundstücks lediglich durch seine schwierige finanzielle Verhältnisse bedingt gewesen sei, so konnte dieser Einlassung der Angeklagten nicht gefolgt werden. Es ist zwar auf Grund des vorgelegten Grundbuchauszuges über das Grundstück des Kaufmanns Höltig (Grundbuch von Herzberg Bd. 39 Bl. 1955) davon auszugehen, dass das Grundstück bei einem Einheitswert von 16800.-RM ausserordentlich stark belastet gewesen ist, und dass Höltig infolge einer Belastung von insgesamt 30000.--RM erhebliche finanzielle Verpflichtungen zu erfüllen hatte. Es ist auch zu berücksichtigen, dass über das Grundstück des Kaufmanns Höltig am 28.10.1933 die Zwangsverwaltung angeordnet und gegen ihn in der Zeit bis zum Jahre 1933 wiederholt Zwangsvollstreckungsmassnahmen seitens des zuständigen Gerichtsvollziehers notwendig geworden waren. Diese Tatsachen reichen jedoch nicht aus, um anzunehmen, dass der finanzielle Zusammenbruch des Höltig allein durch die bestehende Schuldenlast bedingt und das Verhalten der Angeklagten durch die Anprangerung des Höltig hierauf ohne jeden Einfluss gewesen ist. Denn demgegenüber ist zu berücksichtigen, dass nach den übereinstimmenden Aussagen der Zeugen Jung und Corr das Geschäft des Höltig im Jahre 1934 gut ging, Höltig über die allgemeinen Schwierigkeiten in den Jahren 1930-32 hinweggekommen war und ihm der allgemeine wirtschaftliche Aufschwung in den folgenden Jahren ebenfalls zugutekam. Ausserdem war zu berücksichtigen, dass nach den Angaben des Zeugen Schulze das Geschäft des Höltig infolge der Verunglimpfung, die dieser durch die Angeklagten erfahren hatte, von der bisherigen Kundschaft offensichtlich gemieden wurde, und insbesondere die Beamten in dieser Gegend es nicht mehr wagten, in diesem Geschäft ihre Einkäufe zu tätigen. Die Entwicklung des Geschäfts ging nach dem Vorfall am 8.6.1934 rapide zurück, so dass schliesslich fast keine Umsätze mehr gemacht wurden, wie sowohl die genannten Zeugen wie auch die Zeugin Bohnhardt bekundet haben.

Angesichts dieser Feststellungen kann trotz der finanziellen Belastung, der das Geschäft des Kaufmanns Höltig ausgesetzt war, nicht an der Tatsache vorbeigegangen werden, dass das Verhalten der Angeklagten zum mindesten ebenfalls mit ursächlich dafür gewesen ist, dass schliesslich Höltig das Geschäft schliessen und sein Grundstück verkaufen musste.

Das Schwurgericht hat geglaubt, der Einlassung des Angeklagten Heitmann insoweit folgen zu müssen, als dieser den Vorfall vom 8. Juni 1934 bedauert hat.

Diese Einlassung des Angeklagten findet ihre Bestätigung durch die Aussage des Zeugen Schulz, der damals im selben Hause wie der Angeklagte Heitmann wohnte und mit ihm bald nach diesem Vorfall

darüber



darüber gesprochen hatte. Schulz, der selbst als früherer Angehöriger Angehöriger der SPD politische Schwierigkeiten gehabt hatte, und der nach seiner Aussage eine gewisse Unterstützung durch den Angeklagten Heitmann gefunden hatte, hatte bei diesen Besprechungen dem Heitmann das Ungebührliche seines Vorgehens vorgehalten. Daraufhin hatte Heitmann die Richtigkeit der Auffassung des Zeugen Schulz anerkannt und ihm gegenüber geäußert, dass ihm so etwas nicht wieder passieren solle. Hinzu kommt, dass nach der Beurteilung, die der Zeuge Schulz über den Angeklagten Heitmann auf Grund seiner damaligen Erfahrungen abgegeben hat, davon ausgegangen werden kann, dass dieser damals politisch unreif gewesen ist und sich nur in seiner politischen Haltlosigkeit zu diesem Vorgehen hat hinreissen lassen.

Schliesslich konnte auf Grund der getroffenen Feststellungen nicht nachgewiesen werden, dass der Tod des Kaufmanns Höltig im Jahre 1945 in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Vorfall am 8. Juni 1934 gestanden hat. Wenn auch die Demütigungen, die Höltig durch die öffentliche Anprangerung erlitten hat, auf ihm seelisch bis an sein Lebensende schwer gelastet haben, und er in seinen Gesprächen mit seinen Freunden immer wieder auf diese Vorfälle hingewiesen hat, so reichen diese seelischen Folgeerscheinungen nicht zu einer dahingehenden Feststellung aus. Es muss zwar davon ausgegangen werden, dass die seelische Spannkraft des Kaufmanns Höltig in den folgenden Jahren infolge dieses Vorfalls ausserordentlich nachgelassen hat und der Gram über das ihm widerfahrene immer wieder in ihm lebendig geworden ist. Trotzdem ist der Tod des Höltig im Jahre 1945 von diesem Vorfall unabhängig, da er nach den Bekundungen der Witwe Höltig auf einer Leberschrumpfung beruht, die durch diese psychisch nachteilige Folgen unbeeinflusst gewesen ist. Es kann daher lediglich festgestellt werden, dass die öffentliche Anprangerung des Kaufmanns Höltig für ihn in seelischer Hinsicht ausserordentlich nachteilige Folgen gehabt und ihn in seiner Spannkraft und Arbeitsfähigkeit während der folgenden Jahre nachteilig beeinflusst hat.

III. Auf Grund dieser tatsächlichen Feststellungen ergibt sich, dass Heitmann und Dreger sich zunächst eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit gemäss der Art. II 1c des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 schuldig gemacht haben.

Sie haben von sich aus widerrechtlich, ohne jeden Auftrag und ohne ein positives Untersuchungsergebnis hinsichtlich der dem Heitmann bekannt gewordenen angeblichen Äusserungen des Höltig diesen angegriffen und unmenschlich behandelt. Wie hier wurden in der fraglichen Zeit durch uniformierte SS- und SA-Formationen vielfach in Deutschland Gewalttätigkeiten gegen politisch, rassisch oder aus sonstigen Gründen missliebige Personen unternommen. Diese "Pranger"-Fahrten vollzogen sich in aller Öffentlichkeit unter den Augen der

zum Schutz berufenen staatlichen Behörden, ohne dass diese Straftaten geahndet wurden. Niemand wagte einzuschreiten, um nicht selbst Opfer des Terrors zu werden. Jeder politisch oder weltanschaulich Andersdenkende, im Grunde fast jeder Staatsbürger, war für den Nationalsozialismus ein möglicher Feind. Es erschien erlaubt, ihn unter Verletzung seiner Rechte auf Freiheit im Denken und Handeln, auf körperliche Unversehrtheit ohne Rücksicht auf bestehende gesetzliche Bestimmungen unschädlich zu machen oder zu unterdrücken. Dieses System der Rechtlosigkeit, Willkür und Gewalt hatte den Zweck, durch Verbreitung von Angst und Schrecken jeden etwaigen Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Keime zu ersticken, die freie Meinungsäußerung unmöglich zu machen und so einheitliche Zustimmung des deutschen Volkes vorzutäuschen.

Der Angriff der Angeklagten gegen Höltig und dessen Schädigung stand im Zusammenhang mit diesem System. Höltig wurde gezwungen, sich zu einer öffentlichen, tiefen und von Gefahr umdrohten Selbstentehrung, der noch Schlimmeres folgen konnte, zur Verfügung zu stellen. Roh und gefühllos wurde auch auf seine Erkrankung, die vorher zu der Bemerkung des Heitmann Anlass gab: "an einer Leiche wolle er sich nicht vergreifen", keine Rücksicht genommen. Höltig wurde trotzdem in dem Viehwagen durch die Stadt gefahren, zur Schau gestellt und durch Sprechchöre erniedrigt. Er konnte und durfte es unter den vorliegenden Umständen auch nicht einmal wagen, Widerstand zu leisten, sondern musste als politisch ~~unmenschlich~~ Mißliebiger scheinbar freiwillig das Geschilderte über sich ergehen lassen. Höltig hat die ihm angetane Schmach - wie die erwähnten Zeugen schilderten - nie wieder überwinden können und hat seelisch schwer unter der ihm widerfahrenen Unbill gelitten. Das Vorgehen der Angeklagten war somit ein tiefer Eingriff in die Freiheit, Sicherheit und Ehre des Höltig, der seinen Menschenwert und seine persönliche Menschenwürde traf, darüber hinaus aber auch das Menschheitsgut der Humanitas als Trägerin und Hüterin dieser Werte.

Auch die inneren Tatbestandsmerkmale dieses Unmenschlichkeitsverbrechens waren zu bejahen.

Beide Angeklagten gehörten der NSDAP seit November 1930 an und waren seit 1931 bzw. 1932 der allgemeinen SS beigetreten, Heitmann war darüber hinaus örtlicher Führer der SS. Sie waren somit beide sogenannte "alte Kämpfer". In dieser Eigenschaft haben sie die Tat mit ihren Folgen bewusst verursacht. Sie haben Höltig aus einem System von Gewalt und Unrecht verfolgt, wobei Heitmann sogar bewusst entgegen ausdrücklicher Belehrung durch die Polizei gehandelt hat. Der politische und terroristische Charakter der von ihnen vorbereiteten und durchgeführten SS-, SA und AD-Demonstrationen ist ihnen ebenfalls nicht entgangen. Sie war ~~vielmehr~~

mit



mit Rücksicht auf angebliche politische Äusserungen Höltigs von ihnen bewusst in Szene gesetzt worden.

Der Angeklagte Dreger hat die Tat, die auf dem Entschluss des Heitmann beruhte, konkret mitverursacht. Er hat in Uniform zunächst das Haus des Höltig und sodann Höltig selbst in dessen Büro bewacht und ist dem Wagen eine Zeitlang - die Bahnhofstrasse entlang - gefolgt. Die lange Bewachung des Hauses und des Kaufmanns Höltig und der anschliessende Vorgang hat auch ihm gezeigt, worum es sich handelte. Trotzdem blieb er dabei und beteiligte sich. Dass Dreger selbst objektiv unmenschlich handelte, war nicht erforderlich, es genügte, dass das Opfer Höltig unmenschlich behandelt wurde und Dreger sich seiner Teilnahme an dieser Behandlung bewusst war. Nach KRG 10, II, 2 bedarf es auch der Feststellung einer Beteiligungsform nach deutschem Strafrecht nicht, sondern jeder, der an einer solchen Tat mitverursachend tätig ist, muss als Unmenschlichkeitsverbrecher zur Verantwortung gezogen werden.

Beide Angeklagte haben sich somit eines Verbrechens nach Art. II, 1c des KRG 10 schuldig gemacht.

Soweit der Angeklagte Dreger, worauf er sich ernstlich jedoch nicht berief, auf Befehl gehandelt haben könnte, bewahrte ihn das gem. KRG 10, II, 4 b nicht vor Strafe.

In Tateinheit mit dem Verbrechen gegen die Menschlichkeit gemäss Kontrollratsgesetz Nr. 10 hat sich der Angeklagte Heitmann einer Freiheitsberaubung gem. § 239 StGB schuldig gemacht. Er hat vorsätzlich und widerrechtlich den Höltig des Gebrauchs der persönlichen Freiheit beraubt, indem er ihn zunächst in seinem Büro und dann auf dem Viehwagen unter Bewachung festhielt. Er hat durch dieses Verhalten den Höltig gehindert, sich nach seiner freien Entschliessung zu bewegen. Dass er hierbei widerrechtlich gehandelt hat, ist offensichtlich, nachdem er von der Polizei darüber belehrt worden war, dass nach strafrechtlichen Gesichtspunkten kein Anlass zu einer unmittelbaren Festnahme des Höltig auf Grund der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen bestände.

Der Angeklagte Dreger hat bei dieser Freiheitsberaubung wesentlich Beihilfe geleistet.

Bei der Beurteilung seines Verhaltens unter diesem rechtlichen Gesichtspunkt war davon auszugehen, dass Dreger die Freiheitsberaubung des Höltig, an der er mitgewirkt hat, nicht als seine eigene Tat wollte. Er hat hier lediglich das Vorgehen des Angeklagten Heitmann unterstützt und diesem bei der Verwirklichung seiner Absicht geholfen. Dass Dreger nicht den Entschluss zur Begehung der Tat als eigene gefasst hatte, ergibt sich zunächst daraus, dass er anfangs überhaupt nicht gewusst hat, was Heitmann gegen Höltig im Schilde führte, und dass er sodann lediglich den Weisungen des Heitmann

nachkam

nachkam, die dieser an ihn richtete.

Andererseits ist sich Dreger aber auch darüber im Klaren gewesen, nachdem er das Haus des Höltig betreten hatte, worum es sich bei dem Vorgehen des Heitmann handelte und hat im vollen Bewusstsein dieser Tragweite den Heitmann bei seinem Vorgehen unterstützt. Gemäss §§ 4 und 1 der VO zur Beseitigung nationalistischer Eingriffe in die Strafrechtspflege vom 23.5.47 (VO.BI.B.Z.1947 S.69) kann er sich bei der Rechtswidrigkeit seines Verhaltens nicht darauf berufen, dass er hier auf Befehl gehandelt hat, da ein solches Handeln die Rechtswidrigkeit der Tat nicht ausschliesst.

Das Verhalten der Angeklagten Heitmann und Dreger unter dem rechtlichen Gesichtspunkt der Freiheitsberaubung ist auch nicht verjährt, da die Freiheitsberaubung ein Vergehen ist, das mit einer Höchststrafe von 5 Jahren bedroht ist und insoweit eine inzwischen eingetretene Verjährung nach der oben angegebenen VO vom 23.5.1947 nicht in Betracht kommt. Das trifft auch für die Beihilfe des Dreger zu, da insoweit die höchst zulässige Strafe 5 Jahre weniger 1 Tag Gefängnis ist und somit über der Grenze von 3 Jahren liegt, die in dieser VO für die Möglichkeit einer Verjährung gegeben ist.

In dem Verhalten der Angeklagten ist dagegen nicht auch in Tateinheit mit dem Menschlichkeitsverbrechen ein Landsfriedensbruch gemäss § 125 Abs.1 und 2 StGB zu erblicken. Auf Grund der getroffenen Feststellungen haben die Angeklagten gegen Höltig keine Gewalttätigkeiten mit vereinten Kräften begangen. Gewalttätigkeit im Sinne des § 125 StGB bedeutet ein Handeln mit ungerechter Anwendung von Gewalt, die In-Bewegung-Setzung des körperlichen äusseren Zwanges gegen Personen. Eine solche Gewalttätigkeit ist gegenüber Höltig nicht angewendet worden, selbst wenn man davon ausgeht, dass auch die mittelbare Einwirkung auf den Körper als Gewalttätigkeit im Sinne des § 125 StGB anzusehen ist. Denn auch eine solche Einwirkung ist im vorliegenden Falle nicht vorgenommen worden, vielmehr ist Höltig lediglich psychisch veranlasst worden, den Befehlen und Anweisungen der Angeklagten Folge zu leisten, ohne dass es der Anwendung körperlicher Gewalt bei dem Nachgeben des Höltig bedurft hätte. Es fehlt somit für die Anwendung des § 125 StGB schon das Tatbestandsmerkmal der Gewaltanwendung, so dass die weitere Frage, ob auch eine öffentliche Zusammenrottung im vorliegenden Falle gegeben war, nicht geprüft zu werden brauchte, eine Frage, die ebenfalls zu verneinen wäre, da hier der Kreis der Täter von vornherein auf eine bestimmte Personengruppe, nämlich die SS-Leute und die 10 - 20 hinzugezogenen Arbeitsdienst Männer beschränkt blieb.

Insoweit Höltig durch das Verhalten der Angeklagten nicht nur seiner Freiheit beraubt, sondern darüber hinaus zum Besteigen des Viehwagens und zu der öffentlichen Anprangerung gezwungen worden

war,



war, brauchte das Vergehen einer Nötigung nicht weiter geprüft zu werden, weil diese Tat seinerzeit vor der neuen Fassung des § 240 StGB nur mit Gefängnis bis zu 1 Jahr als Höchststrafe bedroht ist und demgemäß nach der oben angegebenen VO vom 23.5.1947 endgültig verjährt war.

IV. Bei der Strafzumessung hat das Schwurgericht gegenüber dem Angeklagten Heitmann erschwerend berücksichtigt, dass er entgegen der ihm zuteil gewordenen polizeilichen Belehrung eigenmächtig gegen den Kaufmann Höltig vorgegangen ist, und dass er sich demgemäß bei seinem Vorgehen in einem besonderen Masse bewusst gewesen ist, dass er unter Verletzung des Rechtsfriedens sich gegen Höltig verging. Ferner musste erschwerend berücksichtigt werden die rücksichtslose Art seines Vorgehens gegen Höltig, die ihn sogar dazu veranlasste, die höhnenden Worte gegen ihn auszusprechen, dass er sich lediglich an seiner Leiche nicht vergreifen wollte. Schliesslich mussten die wirtschaftlich nachteiligen und die schweren seelischen Folgen berücksichtigt werden, die Höltig durch das rechtswidrige Vorgehen des Angeklagten Heitmann zu erleiden gehabt hat.

Andererseits hat das Schwurgericht strafmildernd berücksichtigt, dass Heitmann bereits damals einige Zeit nach dem Vorfall den Unrechtsgehalt seiner Tat eingesehen und offensichtlich auch bereut hat, dass er also damit bewiesen hat, dass er zu diesem Vorgehen auf Grund einer augenblicklichen politischen Überheblichkeit gekommen war. Dabei war insbesondere zu berücksichtigen, dass Heitmann den Mut gefunden hat, die Unmenschlichkeit seines Verhaltens gegenüber einem politischen Gegner des Nationalsozialismus, dem Zeugen Schulz, zuzugeben. Ferner wurde sein offenes und offenbar auch einsichtsvolles Geständnis in diesem Zusammenhang entsprechend berücksichtigt. Unter Würdigung dieser Umstände erschien gegen ihn eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr angemessen.

Demgegenüber ist der Unrechtsgehalt der Tat des Angeklagten Dreger wesentlich geringer. Er ist durch den Entschluss des Angeklagten Heitmann veranlasst worden, sich an dem unmenschlichen Vorgehen gegen den Kaufmann Höltig zu beteiligen. Er hat sodann, nachdem er sich über die Tragweite seines Verhaltens klar geworden war, bald nach Beginn des Umzuges davon Abstand genommen, sich weiter an der öffentlichen Anprangerung des Höltig zu beteiligen. Er hat bereits unmittelbar unter dem Eindruck des entehrenden Verhaltens es für richtig gehalten, sich von der Tat zu distanzieren und damit auch seinem SS-Vorgesetzten gegenüber zum Ausdruck zu bringen, dass er ein solches Vorgehen nicht billigen könnte. Hinzu kommt, dass auch Dreger in der Hauptverhandlung ein umfassendes Geständnis abgelegt und nach dem unmittelbaren Eindruck, den das Schwurgericht von ihm erhalten hat, die Tat und ihre Folgen wirklich bereut hat.

Unter

Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte erschien eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten angemessen und ausreichend.

Das Schwurgericht hatte schliesslich die Frage zu prüfen, ob auf die erkannte Strafe die Haft anzurechnen sei, die die Angeklagten im Internierungslager der Besatzungsmacht erlitten haben. Nach dem Urteil des Obersten Gerichtshofes vom 2.11.1948 (St.S.61/48) ist abgesehen von der Möglichkeit der Berücksichtigung bei der Strafzumessung jede Haft anrechenbar, die eine Behörde zwecks Verfolgung einer Straftat angeordnet und vollzogen hat, wenn dies wegen der abgeurteilten Tat oder wenigstens in dem Verfahren geschah, in dem das Urteil ergeht. Dass die Internierung von einer Besatzungsmacht angeordnet ist, möglicherweise nicht ausschliesslich der Strafverfolgung dienen sollte, dass die Internierung mit einer Entnazifizierung oder mit einem Urteil betr. Zugehörigkeit zu einer verbrecherischen Organisation abgeschlossen wurde, steht der Anrechnung nicht notwendig im Wege. Allerdings muss dann vorgesorgt werden, dass eine Anrechnung insoweit unterbleibt, als sie etwa bereits vom Spruchgericht ausgesprochen ist, damit nicht die gleiche  $\forall$  Internierungshaft doppelt angerechnet wird (vgl. Urteil des Obersten Gerichtshofes vom 16.11.1948 -St.S.77/48-).

Das Schwurgericht hat im vorliegenden Falle die Voraussetzungen für eine Anrechnung der Internierungshaft bejaht, weil zum mindesten die längere Dauer dieser Haft durch die Ermittlungen mitverursacht wurde, die im Zusammenhang mit der vorliegenden Straftat im Verfahren vor dem Spruchgericht geführt worden sind.

In beiden Fällen sind in dem Ermittlungsverfahren vor dem Spruchgericht Feststellungen über die Vorfälle am 8.6.1934 getroffen worden, um einen Eindruck über die Tätigkeit der Angeklagten in der verbrecherischen Organisation der SS zu erhalten.

Das Schwurgericht hat jedoch geglaubt, die Internierungshaft des Angeklagten Heitmann, die sich auf etwa 2 Jahre 5 Monate beläuft, und auf die das Spruchgericht die von ihm ausgeworfene Strafe von 9 Monaten Gefängnis angerechnet hat, im vorliegenden Falle nicht anrechnen zu können. Es sind insoweit keine Billigkeitsgesichtspunkte hervorgetreten, die eine solche Anrechnung rechtfertigen. Heitmann ist SS-Obersturmführer gewesen und ist deshalb im Hinblick auf seine gehobene Stellung in der SS nicht eine unbillig lange Zeit festgehalten worden, die eine weitere Anrechnung der damaligen Internierungshaft auch für dieses Verfahren rechtfertigt.

Dagegen hat das Schwurgericht die Frage bei dem Angeklagten Dreger anders beurteilt. Dieser ist als früherer SS-Scharführer etwa 2 Jahre 8 Monate in der Internierungshaft festgehalten worden, also



eine Zeit, die nicht unerheblich über der Dauer der Internierungshaft des Angeklagten Heitmann liegt. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass er als unterer SS-Führer in einem unverhältnismässig geringem Masse an der verbrecherischen Tätigkeit der SS beteiligt war als Heitmann und trotzdem länger festgehalten worden ist als dieser, erschien es dem Schwurgericht billig, bei ihm die Internierungshaft, die mit dem vorliegenden Strafverfahren in einem gewissen Zusammenhang steht, in einem Umfang von 3 Monaten anzurechnen.

Die Kostenentscheidung ergibt sich aus § 465 StPO.

gez. Dr. Fischer

Dr. Breithaupt

Böttcher.



*Ammitz*

Ausgefertigt.

, a.p. Justizassistent,

als Urkundsbeamt der Geschäftsstelle.